

Das neue Parlament ist kein Streichelzoo

Die Wähler erwarten von der «neuen Mitte» mehr Stabilität und Mässigung. Dennoch muss das Parlament die Debatte um die grossen Fragen der Schweiz führen, schreibt Karin Keller-Sutter

Wer im Oktober 2011 von seinen Wählern ins Parlament gesandt worden ist, tritt eine Reise ins

Ungewisse an – vor allem die zahlreichen Neuen wie ich. Der geografische Weg ins Bundeshaus und die Sitzordnung mögen bekannt sein, aber der politische Weg des Parlaments ist offen, man könnte sagen: Es ist nicht wirklich klar, wofür das neue Parlament steht. Üben wir uns deshalb in Zurückhaltung, was Prognosen über die Arbeit im neuen Parlament angeht. Und erinnern wir uns an den chinesischen Premierminister Zhou Enlai. Als dieser in den frühen 1970er Jahren von Richard Nixon gefragt wurde, was er von der Französischen Revolution halte, antwortete er: «Es ist zu früh, um ein Urteil abzugeben.»

Das neue Parlament zeigt – obwohl zu einem Drittel erneuert – kaum Verschiebungen zwischen den politischen Blöcken. Augenfällig ist einzig die fortschreitende Auffächerung der sogenannten Mitte. Dies ist Ausdruck einer verstärkten Individualisierung, ja Zersplitterung der Gesellschaft. Zwei neue Parteien spielen mit im politischen Konzert, deren Libretto wir kaum kennen – vielleicht kennen es ihre Mitglieder selbst noch nicht. Diese Pluralisierung hat ihren gesellschaftspolitischen Reiz – aber sie gefährdet auch die Stabilität und Berechenbarkeit des Systems. Beides sind Erfolgsfaktoren unseres Landes. Die Lösungssuche wird aufwendiger, Kompromisse werden noch wässriger, und letztlich besteht das Risiko, dass der Entscheidungsfindungsprozess intransparent wird.

Viele Bürgerinnen und Bürger erhoffen sich von der Stärkung der neuen Mitte paradoxerweise mehr Stabilität und mehr Mässigung im politischen Umgang. Dabei wird übersehen, dass auch das neue Parlament kein Streichelzoo ist. Es wird im Gegenteil gerade in der kommenden Legislatur darum gehen, grundsätzliche Fragen zu klären. Dass die Vorstellungen über die dringend notwendige Sanierung der Sozialwerke dabei genauso ausein-

andergehen wie jene über die Umsetzung der «Energiewende», liegt auf der Hand. Der ökologische Umbau wird zwangsläufig zu mehr Gebühren, Abgaben und Subventionen führen. Ökonomie und Ökologie werden also nicht ohne weiteres vereinbar sein. Und auch in der Verkehrspolitik sind aufgrund knapper finanzieller Ressourcen Verteilungskämpfe zwischen Schiene und Strasse zu erwarten.

Besonders heftig dürften die Auseinandersetzungen zwischen den Regionen ausfallen. Wer von den Planern des Bundes nicht als Metropolitan-Raum bezeichnet wurde, muss aufpassen, dass er nicht abgehängt wird. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist jedoch Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wohlstand in allen Regionen unseres Landes.

Bleibt die künftige Europapolitik – die Sicherung eines wettbewerbsfähigen Werk- und Finanzplatzes. Hier tun wir Parlamentarier gut daran, uns von sachorientierter Lösungssuche und nicht von ideologischen Wunschvorstellungen leiten zu lassen. Probleme, die sich aufgrund der Zuwanderung ergeben, müssen innenpolitisch angegangen werden. Raumplanung und Zersiedelung sind Fragen, die unabhängig von der Zuwanderung einer Lösung bedürfen. Lohndumping sowie

Scheinselbständigkeit sind Missbräuche, die entschlossen bekämpft werden müssen.

Gerade in diesen wichtigen Fragen muss die Konkordanz, die wir aus dem Bundesrat kennen, auch im Parlament ihre Fortsetzung finden. Dies bedeutet nicht, dass Konflikte nicht ausgetragen werden sollen. Im Gegenteil: Die lösungsorientierte Auseinandersetzung in Grundsatzfragen ist entscheidend für den Fortbestand des Erfolgsmodells Schweiz. Ich freue mich darauf, im Ständerat mit den Kolleginnen und Kollegen der SP über das AHV-Rentalter, mit meinen SVP-Kollegen über die Konsolidierung der Bilateralen zu debattieren. Die Inszenierung der Politik aus purem Eigeninteresse jedoch können wir uns nicht mehr leisten. Vielmehr muss das Parlament den Grundsatz «Das öffentliche Wohl ist das höchste Gebot» stets vor Augen haben.

Die wirtschaftlich schwierigen Zeiten, die Schuldenkrisen in Europa und in den USA bieten Anlass zur Sorge, weil sie auch Auswirkungen auf unser Land haben. Zu ihrer Bewältigung sind geschickte Strategien zur Interessenwahrung im Ausland ebenso notwendig wie die konsequente Besinnung auf die Kräfte, die unser Land stark gemacht haben. Dabei gehören Föderalismus und direkte Demokratie zur DNA der Schweiz – genauso wie Leistungswille und Bescheidenheit. Das neue Parlament, das morgen Montag erstmals zusammentritt, hat die Chance, jene Stärken auszubauen, die die Schweiz als nüchternes, lösungsorientiertes Land ausmachen: politische Stabilität, gute Infrastruktur, Bürgernähe, Wettbewerbsfähigkeit, Rechtsstaat und Freiheit.

Wenn wir – gemeinsam mit dem Bundesrat und dem Volk – diese Chance nutzen, verstärken wir unsere Anziehungskraft für Talente aus aller Welt und festigen unsere Position als freiheitlicher Kleinstaat. Denn sowohl auf der Weltbühne wie im Bundeshaus gilt: Man muss nicht geliebt, sondern respektiert werden.

Karin Keller-Sutter



Karin Keller-Sutter, 47, ist seit 2000 Regierungsrätin des Kantons St. Gallen und leitet das Sicherheits- und Justizdepartement. Zurzeit ist sie auch Regierungspräsidentin und steht der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren vor. Im Oktober wurde die FDP-Politikerin als Ständerätin gewählt.